

II-8693 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 4259/J

1989-09-28

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Partik-Pablé, Huber, Hintermayer
an den Bundesminister für Arbeit und Soziales
betreffend Verbesserung der "Aktion 8000"

In einer Zeit steigender Langzeitarbeitslosigkeit erhalten staatliche Maßnahmen zur (Wieder-)Eingliederung Arbeitsloser in das Berufsleben einen größeren Stellenwert. Seit 1984 läuft die sogenannte "Aktion 8000", mit der ursprünglich die Eingliederung von 8000 arbeitslosen Jugendlichen und Langzeitarbeitslosen erreicht werden sollte.

Ziel dieser Maßnahme war es, zusätzliche kreative Arbeitsplätze zu schaffen. Tatsächlich wurde nur etwa jeder zweite Geförderte nachher weiterbeschäftigt, insgesamt nur etwa 19 % der Geförderten im privaten Bereich eingegliedert. Die Weiterbeschäftigung bei Körperschaften öffentlichen Rechtes erscheint jedoch nicht besonders zielführend, da auch ohne "Aktion 8000" die Versorgung Arbeitsloser durch staatliche Gelder erfolgen kann.

Das Ziel einer langfristigen Verbesserung der Chancen geförderter Personen auf dem Arbeitsmarkt konnte durch die "Aktion 8000" nur zum Teil erreicht werden, da etwa 60 % der geförderten Personen in einem nicht besonders qualifizierten Bereich beschäftigt wurden.

In diesem Zusammenhang richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für Arbeit und Soziales die

A n f r a g e :

- 1. Welche Maßnahmen zur Verbesserung der "Aktion 8000" werden Sie setzen, damit mehr geförderte Personen in der Privatwirtschaft als bei Körperschaften öffentlichen Rechtes weiterbeschäftigt werden?**
- 2. Wie werden Sie die "Aktion 8000" modifizieren, um eine bessere Qualifikation der geförderten Arbeitnehmer durch diese zu gewährleisten?**